



Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Nord

14. Dezember 2019



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Zu Beginn der Sitzungswoche wurde ich von den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landesgruppe zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen und somit zum Sprecher für diesen Bereich gewählt. Ich freue mich riesig über das große Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde.

Eine weiterhin solide Haushaltspolitik ohne neue Schulden, eine für niedrige und mittlere Einkommen gerechtere Steuerpolitik und eine Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts stehen ganz oben auf unserer Agenda. Forderungen aus der SPD, die schwarze Null im Bundeshaushalt aufzugeben, erkläre ich eine klare Absage. Wir haben den Bundeshaushalt 2020 als Koalition gemeinsam gerade erst aufgestellt und dieser Haushalt gilt ohne Wenn und Aber. Neue Schulden zu Lasten der kommenden Generationen sind mit der CSU nicht zu machen. Die schwarze Null steht!

Am Donnerstag wurde das Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen im Deutschen Bundestag beschlossen, für das ich als Berichterstatter meiner Fraktion zuständig bin. Durch die Einführung der Anzeigepflicht erhalten die Steuerbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union umfassende Informationen über Steuergestaltungen. Mit dem Gesetz wird es möglich sein, frühzeitig auf ungewollte Steuervermeidungspraktiken zu reagieren. Eine nationale Anzeigepflicht, die nur ein Bürokratiemonstrum erschaffen und unsere Wirtschaft und Industrie über Gebühr belastet hätte, konnte die Union erfolgreich verhindern. An unterschiedlicher Stelle haben wir in den parlamentarischen Beratungen erreicht, dass keine überbordende Meldeflut ausgelöst wird, sondern sehr präzise die Fälle ungewollter Steuergestaltung identifiziert werden können. Meine Plenarrede können Sie sich als Video [hier](#) ansehen.

In meiner zweiten Plenarrede, die Sie sich [hier](#) anschauen können, ging es um den Bericht der Bundesregierung zur Menschenrechtspolitik. Ich betrachte mit großer Sorge, dass es immer mehr Angriffe auf die Religionsfreiheit gibt. Alleine über 200 Mio. Christen sind weltweit in ernster Gefahr, werden verfolgt, gefoltert oder sogar getötet. CDU und CSU werden die Menschenrechte in der Welt auch weiterhin in den Mittelpunkt der politischen Diskussion stellen!

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Brehm, MdB



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

HANDWERKSORDNUNG

Holmeier: „Meisterbrief im deutschen Handwerk ist beste Garantie für Qualitätsarbeit“

Der Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften verabschiedet. Damit wird unter anderem die Meisterpflicht für zwölf Handwerksberufe wieder eingeführt.



© picture alliance / ZB

Die Wiedereinführung der Meisterpflicht für zwölf Berufe ist gut und notwendig. Wir setzen die Reform der Handwerksordnung jetzt um. Wir stärken damit das Handwerk und die Verbraucher, und wir stärken damit den Mittelstand. Der Meisterbrief im deutschen Handwerk ist die beste Garantie für Qualitätsarbeit“, betonte Karl Holmeier, wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag im Plenum.

Für den Kunden bedeute der Meisterbrief Verlässlichkeit und Sicherheit, für den Handwerkermeister sei der Meisterbrief ein Nachweis und eine Auszeichnung für höchste Handwerkskunst und Handwerksfähigkeit. Zu Recht genossen Meister in Deutschland hohe Wertschätzung und Anerkennung, so Holmeier weiter.

„Die Reform der Handwerksordnung ist Teil unserer Politik für einen starken Mittelstand“, sagte der Wirtschaftspolitiker. Besonders im ländlichen Raum sei das Handwerk Rückgrat und Motor der mittelständischen Wirtschaft und einer der größten Arbeitgeber und vor allem Ausbilder. „Mit der Wiedereinführung der Meisterpflicht sichern wir hohe Ausbildungsstandards für den Nachwuchs. Wir schaffen die Grundlage einer fachgerechten, hochwertigen Lehre“, sagte Holmeier.



Drei Kriterien für die Auswahl der Gewerke

Natürlich stelle sich die Frage, warum man nur für zwölf Gewerke den Meister zurückbringe. Diese Entscheidung sei das Ergebnis eines langen Arbeitsprozesses. In der Koalition habe man sich auf drei Kriterien für die Auswahl der Gewerke geeinigt. Erstens, es müsse sich um ein gefahrgeneigtes Handwerk handeln. Das heißt, dass Fehler bei der Ausübung zu schwerwiegenden Konsequenzen für Leben und Gesundheit führen könnten. Zweitens seien Handwerke berücksichtigt worden, die Träger unseres kulturellen Erbes seien, also Gewerke, deren Techniken einzigartig seien und die bedeutende Kulturgüter schaffen. Und drittens gelte es, die Vorgaben des Verfassungs- und des Europarechts einzuhalten. Besonders schwer wiege der Eingriff ins Grundgesetz. Auch hier galt es, genau abzuwägen.

Für bestehende Betriebe, die ohne Meisterbrief gegründet wurden, hat sich die Koalition auf die Einführung eines Bestandsschutzes geeinigt. Das gebe Rechtssicherheit und sei für diese Unternehmen von besonderer Bedeutung.

„Den Gewerken, die jetzt nicht berücksichtigt werden konnten, sage ich: In fünf Jahren evaluieren wir das Gesetz. In fünf Jahren wird wieder geprüft, ob die Meisterpflicht für weitere Gewerke eingeführt wird“, so Karl Holmeier.



BERICHT DES WEHRBEAUFTRAGTEN

Brandl: „Reform der Beschaffungsorganisation ein wichtiger Schritt“

Der Bundestag hat in dieser Woche den jüngsten Bericht des Wehrbeauftragten der Bundesregierung, Hans-Peter Bartels, (SPD) debattiert. Mit dem Ende November verabschiedeten Bundeshaushalt wurden bereits konkrete Maßnahmen ergriffen, um die Situation für die Soldatinnen und Soldaten zu verbessern.



© picture alliance / dpa

Reinhard Brandl, verteidigungspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, bezeichnete den Bericht des Wehrbeauftragten als „eine wahre Schatzkiste voller Anregungen und Hinweise auf Dinge, die gut laufen, aber vor allem auf Dinge, die nicht so gut laufen“. Der Bericht helfe der Bundeswehr, besser zu werden, und er helfe den Abgeordneten, der Bundeswehr zu helfen, so Brandl.

In diesem Zusammenhang verwies Reinhard Brandl auf den Ende November verabschiedeten Haushalt 2020, mit dem bereits konkrete Maßnahmen ergriffen wurden, um die Situation für die Soldatinnen und Soldaten zu verbessern.

Der Bericht des Wehrbeauftragten beginnt mit folgendem Zitat: „Wenn nach dem kräftigen Haushaltsplus für 2019 der Verteidigungsetat bis 2024 tatsächlich auf 1,5 Prozent der



deutschen Wirtschaftsleistung steigt, wäre die Bundeswehr sowohl in der Lage, die wachsenden Personalkosten abzudecken als auch die erkannten Lücken in der Ausrüstung zu schließen.“ Auf diesem Weg sei man nun. „Als Sie diese Zeilen im Jahr 2018 geschrieben haben, lag der Verteidigungsetat bei 1,26 Prozent der Wirtschaftsleistung. 2019 lag er bei 1,39 Prozent, und für 2020 sind 1,42 Prozent vorgesehen“, betonte Brandl. Man werde die NATO-Zusagen einhalten. Entscheidend seien aber weniger die Prozentzahlen, sondern vielmehr das Geld, das das Parlament bereitstelle. Dieses brauche die Bundeswehr für ihre Einsätze und für ihre Ausrüstung, so Brandl.

Dank den Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr
Im Bericht werde auch darauf hingewiesen, dass die viel zu langen Beschaffungsprozesse ein echtes Problem darstellten. Im gesamten Beschaffungswesen habe sich eine Absicherungsdoktrin etabliert, die nachhaltig lähme, heißt es im Bericht des Wehrbeauftragten.

Auch das habe man aufgegriffen. „Ich bin der Ministerin dankbar, dass sie als eine ihrer ersten Amtshandlungen die Reform der Beschaffungsorganisation angepackt hat; denn nur wenn die Beschaffungsorganisation effizienter arbeitet als heute, sind wir in der Lage, das zusätzlich zur Verfügung gestellte Geld auch entsprechend einzusetzen“, sagte Brandl. Man sei nicht gut an dieser Stelle, aber man sei auf einem guten Weg.

Reinhard Brandl hob in der Debatte schließlich ein Zitat des Wehrbeauftragten hervor: „Ungeachtet der Kritik und der in diesem Bericht versammelten Mängelanzeigen darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Großteil unserer Soldatinnen und Soldaten und der Zivilangestellten der Bundeswehr jeden Tag engagiert dient und arbeitet.“

Dem stimmt der verteidigungspolitische Sprecher der CSU im Bundestag zu. „Wir danken Ihnen, und wir danken den Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr für ihren Dienst“, so Reinhard Brandl.



ERGEBNISSE NORMANDIE-GIPFEL

Dialog und Abschreckung im Umgang mit Russland

Der Bundestag hat am Donnerstag in einer aktuellen Stunde über die Ergebnisse des Normandie-Gipfels zur Überwindung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine diskutiert.



© picture alliance / dpa

Alexander Radwan (CSU), Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, stellte im Plenum klar, wie die Rolle des russischen Präsidenten Putin in mehreren Teilen dieser Welt zu bewerten sei. „Er steht für das Thema Syrien, wo er auch nicht gerade dafür bekannt ist, einen Friedensprozess zu befördern, sondern genau das Gegenteil. Putin steht dafür, den INF-Vertrag schleichend zu unterlaufen. Und zuletzt, neben den Verhandlungen mit der Ukraine, hatten wir gerade den Todesfall im Tiergarten. Präsident Putin war über diese Situation bestens informiert“, zählte Radwan auf. Präsident Selenskyj habe versucht, Vorleistungen vor dem Gipfel zu erbringen, ein Stück weit die Brücke zu bauen, damit man in diesen Gesprächen produktiv weiterkommt. Und auf der anderen Seite stand der russische Präsident Putin, so Radwan.

Die Bundesregierung versucht seit Jahren, in diesem Konflikt zu vermitteln. „Es war das Normandie-Format und es war der Minsker Prozess, den Kanzlerin Merkel angestoßen hat und den sie seitdem regelmäßig begleitet. Sie arbeitet daran, ihn weiterzuentwickeln“, betonte Radwan.



Die Gespräche, die nun geführt wurden, seien kleine Schritte. Es müssen kleine Schritte sein, mit denen man Stück für Stück vorankomme, so der Außenpolitiker. „Das ist der Waffenstillstand, der hoffentlich dieses Jahr greift. Das ist die militärische Entflechtung. Und es sind der Gefangenenaustausch und die humanitäre Unterstützung, mit der den Menschen vor Ort hoffentlich geholfen werden kann“, erklärte Radwan die Entwicklungen.

Der Konflikt ist in Europa

Jetzt stünden politische Fragen im Raum: Wie ist zukünftig der rechtliche Status dieser Region? Wird es zu Kommunalwahlen kommen? Wenn ja, in welcher Form? Man werde innerhalb von vier Monaten wieder zusammentreffen, um voranzukommen.

„Es muss unsere klare Aussage sein: Der Umgang und die Weiterentwicklung der Ukraine sind für uns für den zukünftigen Umgang mit Russland essenziell. Wir können schlicht und ergreifend nicht sagen: Wie es mit Russland weitergeht, ist unabhängig von der Ukraine“, unterstrich Radwan. Eines müsse man aus dieser Situation auch lernen: Der Konflikt ist in Europa. Gott sei Dank hätten Deutschland und Frankreich hier gemeinsam die Initiative ergriffen. „Das führt uns aber auch vor Augen, dass wir in Europa auch zukünftig Schritte gehen und eigene Verantwortung für unsere Nachbarschaft übernehmen müssten, für den Frieden in Europa“, sagte Radwan.

„Darum gilt auch in diesem Rahmen die aktuelle NATO-Doktrin: Dialog und Abschreckung. Dialog ist notwendig. Aber wir müssen auch die Kapazitäten bilden, jemandem wie Putin entsprechend zu begegnen. Das werden aus meiner Sicht die Aufgabe und die Aufforderung an die nächste Kommission sein“, so der CSU-Außenpolitiker.

Sanktionen seien ein Schwert auf der wirtschaftlichen Seite. Aber das sei nicht ausreichend. Es gehe um Verantwortung. „Da ist Europa gefordert. Da müssen wir erwachsen werden und entsprechend handeln. Das muss für uns der Auftakt für die zukünftige Außenpolitik sein“, sagte Radwan.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.

